

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement

vierteljährl. 1 M. 20 Pf.
(incl. Bringerlohn) in der
Expedition, bei unsern Po-
sten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donners-
tag u. Sonnabend. In-
sertionspreis: die Klein-
zeile 10 Pf.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Nr. 71.

30. Jahrgang.

Dienstag, den 19. Juni

1883.

Öffentliche Sitzung

des Bezirksausschusses zu Schwarzenberg

Montag, den 25. Juni 1883, Nachmittags 3 Uhr

im Verhandlungs-Saale der unterzeichneten Amtshauptmannschaft.

Die Tagesordnung ist aus dem Anschlag in der Hausflur des amtsauptmannschaftlichen Dienstgebäudes zu ersehen.

Schwarzenberg, am 14. Juni 1883.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Frhr. von Wirsing.

Bekanntmachung

die Ermittlung der landwirthschaftlichen Bodenbenutzung im Jahre 1878 betr.

Nach Beschluß des Bundesraths vom 31. October 1882 hat im Sommer des laufenden Jahres in allen Bundesstaaten des Deutschen Reiches eine Wiederholung der Aufnahmen zur Anbau-Statistik stattzufinden.

Gemäß Verordnung des königlichen Ministeriums des Innern vom 26. April c. werden daher die Herren Bürgermeister zu Johanngeorgenstadt, Aue und Grünhain, sowie die Herren Gemeindevorstände im Bezirke der unterzeichneten königlichen Amtshauptmannschaft veranlaßt, das ihnen unter dem heutigen Tage zugehende Erhebungsformular zur Ermittlung der landwirthschaftlichen Bodenbenutzung im Jahre 1883 nach Maßgabe der angezogenen Ver-

ordnung auszufüllen und sodann die ausgefüllten und gehörig vollzogenen Erhebungsformulare **unverinnert** bis längstens

den 15. September 1883

anher einzusenden.

Königliche Amtshauptmannschaft Schwarzenberg,

am 12. Juni 1883.

Frhr. v. Wirsing.

St.

Bekanntmachung

Nachdem der Handelsmann

Herr Christian Gottlob Schlegel in Neuheide

als stellvertretender Gutsvorsteher für den Bezirk des Freigutes Neuheide in Pflicht genommen worden ist, wird Solches zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Schwarzenberg, am 14. Juni 1883.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Frhr. v. Wirsing.

W.

Johannis-Jahrmarkt in Eibenstock

den 25. u. 26. Juni.

Der Stadtrath.

Lösch.

Die Tschechisirung Böhmens.

Wenn in Böhmen die Tschechisirung der Hauptstadt und des Landes in demselben Tempo weitergeht, wie sie in den letzten Jahren in Folge des vereinigten Bemühens der nationalen Parteien und der stillschweigenden Duldung der österreichischen Regierung fortgeschritten ist, so dürfte in wenigen Jahrzehnten, in Prag wenigstens, kein deutsches Wort mehr zu hören sein. Vor etwa dreißig Jahren konnte man sagen: Prag ist eine deutsche Stadt, in der die untersten Gesellschaftsklassen ein fremdes Idiom reden; heute muß es heißen: Prag ist eine tschechische Stadt, in der in einzelnen höheren Gesellschaftsklassen deutsch gesprochen wird. Und so ist es in der That. Wir reden nicht von jener Zeit, wo Graf Schlick den Geschichtsschreiber Böhmens, Palach, der sein Werk in deutscher Sprache erscheinen ließ, fragte, warum er es nicht „böhmisch“ geschrieben — das Wort „tschechisch“ existierte noch nicht einmal — und Palach dem national gesinnten Grafen antwortete, es sei kein Publikum für ein böhmisches Werk vorhanden; aber wer sich noch der Verhältnisse im Beginne der fünfziger Jahre erinnert, der wird wissen, daß damals die deutsche Sprache nahezu ausschließlich in Böhmen im Gebrauche stand, soweit die mittleren und höheren Gesellschaftsklassen in Betracht kamen, daß damals die Schulen noch durchaus deutsch waren, mit Ausnahme natürlich der Volksschulen in den rein tschechischen Districten, daß es damals keine tschechischen Aufschriften und Firmatafeln in Prag, keine tschechische Oper und kein tschechisches Schauspiel gegeben. Die tschechische Nation hat sich als Individualität im Laufe der Zeit mächtig entwickelt und Niemand wird ihr das Recht zu dieser Entwicklung bestreiten, sie hat das deutsche Joch, wie die Tschechen zu sagen belieben, abgeschüttelt und sich so weit als möglich und so weit die vorhandenen Kräfte reichen, auf die eigenen Füße gestellt. Es hat sie daran weder das Bürgerministerium noch das Cabinet Auerberg-Lasser zu hindern vermocht: ihre nationale Entwicklung ist stetig fortgeschritten, ohne jedoch das Deutschthum in Böhmen irgendwie zu schädigen. Selbst was die Vertreter der Tschechen an politischen Forderungen aufgestellt, war, wenn man von der kurzen Episode der Fundamentalartikel absieht, immerhin so geartet, daß man sagen konnte, sie befänden sich nur in der Defensiv und wollten nur die Hindernisse abwehren, welche ihrer nationalen Entwicklung entgegenstehen, sie verlangten nur jene Gleichberechtigung, welche der Artikel 19 der Staatsgrundgesetze gewährt. Die Rechte, welche die Deutschen beanspruchen und genießen, wollten die Tschechen auch beanspruchen und genießen. Da änderte sich plötzlich, als 1879 das

Cabinet Taaffe die Bühne betrat, die Scenerie. Die Tschechen gingen aus der Defensiv in die Offensiv über und diese Offensiv zielte unmittelbar auf die Einschränkung des Deutschthums in dessen eigenem Gebiete ab. Die Regierung in Wien hat zwar immer die Gleichberechtigung im Munde, da aber ihre untergeordneten Organe gut wissen, wie sehr die Regierung mit den Tschechen sympathisirt, so begünstigen sie überall, wo es nur geht, die Tschechen gegenüber den Deutschen. Die bekannten Sprachenverordnungen haben, so billig, ja unschuldig sie sich auf dem Papier ausnehmen, doch eine scharfe Spitze gegen die deutschsprechende Bevölkerung Böhmens gelehrt, denn sie verschließen theils schon ihrem Wortlaut nach, noch mehr aber der Auslegung zufolge, welche ihnen gegeben wird, den Deutschen den Zutritt zu den Staatsämtern selbst in deutschen Bezirken, wenn die betreffenden deutschen Aspiranten nicht die tschechische Sprache sprechen und schreiben. Daß damit für die Deutschen ein künstliches Bedürfniß geschaffen worden sei, sich die tschechische Sprache anzueignen, liegt auf der Hand. Nun sind die Tschechen aber nicht mehr damit zufrieden, daß der Beamte beider Sprachen mächtig ist, er muß auch national tschechisch gesinnt sein, ja sie sehen zuerst auf seine nationale Gesinnung und dann erst auf seine Befähigung und heßen gegen ihn, wenn er ein Deutscher ist, mag er auch beider Landesprachen vollkommen mächtig sein. Ihr Bestreben geht darauf hinaus, die Aemter nur mit Vollblut-Tschechen besetzen zu lassen, den Deutschen aber den Zutritt dazu ganz zu verwehren, und sie werden es sicher erreichen, wenn die Sprachenzwangsverordnungen in Kraft bleiben, vermöge welcher selbst in rein deutschen Bezirken die Kenntniß der zweiten Landesprache verlangt wird für jeden auf ein Staatsamt Aspirirenden. Die Forderung, daß in einem zweisprachigen Lande jeder Beamte beide Sprachen spreche und schreibe, erscheint ganz billig, stellt man dieselbe aber jetzt für Böhmen, so bezweckt sie nichts Anderes, als die nach und nach sich von selbst machende Ausmerzung aller deutschen Elemente aus dem Beamtenstande. Es ist also begreiflich, daß die Deutschen Böhmens beunruhigt sind und sich derselben erwehren möchten.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Bezüglich der vom Reichstage angenommenen Resolution Kingens auf Beschränkung des Postverkehrs am Sonntag erfährt man aus übereinstimmenden Äußerungen von Bundesrathsmitgliedern, daß die letztere Körperschaft der Resolution in keinem Falle stattgegeben wird. Die vom Staatssecretär Stephan bereits getroffenen Erleichter-

ungen im sonntäglichen Postdienst gelten allgemein als ausreichend, um den Beschwerden betreffs der angeblichen Ueberbürdung der Beamten abzuhelfen. Es ist zweifellos, daß Fürst Bismarck in dieser Frage durchaus auf dem Standpunkt des Herrn Stephan steht; es werden also die gegen die Resolution an den Reichskanzler und den Bundesstag gerichteten Vorstellungen der Handelskammern eine sympathische Aufnahme finden.

— Die Verstaatlichung der preussischen Eisenbahnen schreitet fort. Die Regierung hat folgenden sechs Bahngesellschaften Kaufanträge gestellt: Oberschlesische, — Rechte-Ober-Ufer-, — Kreuzburg-Posener, — Altona-Kieler, — Berlin-Hamburger, — Breslau-Schweidnitz-Freiburger Bahn.

— Eine Correspondenz der „Vossischen Zeitung“ spricht sich über die politische Bedeutung des den Bau einer Kaserne und eines Lazareths in Hadersleben ablehnenden Reichstagsbeschlusses wie folgt aus: „So sehr man hier und besonders in den deutschen Kreisen Nordschleswigs mit der Abweisung des Antrages lassen im Abgeordnetenhaufe einverstanden ist, ebenso sehr wird es vielfach bedauert, daß der Reichstag die Mittel für den Bau einer Kaserne und eines Lazareths in Hadersleben abgelehnt hat. Die deutsche Bevölkerung in dem nördlichsten Grenzstrich ist der Ueberzeugung, daß eine deutsche Garnison in Hadersleben in positiver Beziehung von Nutzen für die deutsche Sache sein würde. Preußen wird selbstverständlich Nordschleswig halten, gleichgiltig, ob in Hadersleben einige Compagnien schleswig-holsteinische Füsilier stehen oder nicht; insofern also könnte es für das nationale Interesse im Falle eines Krieges unwesentlich sein, ob Hadersleben eine Kaserne erhält; aber für die deutsche Friedensarbeit ist es doch vielleicht nicht ridicul, von einem nationalen Interesse zu sprechen, wenn es sich um die Frage handelt, Hadersleben eine Garnison zu geben. Um die Lage in Nordschleswig richtig würdigen zu können, muß man sich in die Denkweise der nordschleswigschen Bauern dänischer Sprache und Gesinnung hineinversetzen können. Sie erblicken in dem Mangel jedes Militärs nordwärts von der Linie Schleswig-Flensburg-Apenrade-Sonderburg einen Beweis, daß die preussische Herrschaft nur einen provisorischen Bestand habe, daß Preußen es nicht wage, die nördlichsten Grenzdistricte zu besetzen, und daß die dänischen Truppen im Falle eines Krieges ohne Schwertstreich Nordschleswig besetzen werden. Das sind ganz sicher Wahrvorstellungen, aber sie wirken auf die Stimmung der Bevölkerung, erzeugen einen gewissen Uebermuth und erschweren so den Amalgamirungs-Prozess. Inmitten einer dänischen